

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziale Arbeit = Revue suisse de travail social
Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziale Arbeit
Band: - (2008)
Heft: 5

Artikel: Zur Transformation des Sozialen
Autor: Sorg, Richard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-832511>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Forum / Forum

Richard Sorg

Zur Transformation des Sozialen¹

«Zur Transformation des Sozialen», so war die Stellungnahme der Schweizerischen Gesellschaft für Soziale Arbeit (SGSA) überschrieben, die am 8. März 2008 als «Luzerner Erklärung» an die Öffentlichkeit gegangen ist. Geschrieben wurde sie angesichts einer politisch-sozialen Situation, in der zunehmend die Bedingungen untergraben zu werden drohen für eine noch verantwortbare, an professionellen, berufsethischen Orientierungen ausgerichtete Soziale Arbeit. Die in der Erklärung behandelten Fragen haben durch die internationale Finanzmarktkrise eine unvorhergesehene Aktualität gewonnen.

Es ist kaum zu übersehen, dass es dieselben *neoliberalen*, seit den 1980er Jahren gebetsmühlenhaft wiederholten *Rezepte* waren, an denen sich nicht nur die Banker orientiert haben, die das internationale Finanzmarktsystem in die derzeitige Krise gebracht haben. Auch die Repräsentanten der tonangebenden Politik haben aus dem Kochbuch des Neoliberalismus die Stichworte für ihr vermeintlich alternativloses Handeln bezogen. Im Kern lief das befolgte Konzept auf einen als «Reform» präsentierten, tiefgreifenden Um- und Abbau der bisherigen Konturen des Sozialstaats hinaus, auf eine enorme Vertiefung und Beschleunigung der Spaltung der Gesellschaft in arm und reich, auf eine dramatische Verschärfung sozialer Ungleichheit. Flankiert wurde und wird dieser Umbau durch «neue» sozialpolitische Konzepte wie das des «aktivierenden Sozialstaats». Unter der Parole «Fördern und Fordern» wird dabei vor allem das Fordern gegenüber den Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern ins Zentrum gestellt, eine verstärkte Kontrolle und Disziplinierung. In der Luzerner Erklärung heisst es dazu: «Die Zuschreibung individueller Verantwortung für gesellschaftlich erzeugte Notlagen kombiniert mit einem grundsätzlichen Misstrauen

gegenüber Menschen, die aufgrund ihrer sozialen Not auf staatliche Hilfe angewiesen sind, erzeugt ein Klima der Stigmatisierung. Aus dem Recht auf Hilfe wird ein Gewähren von Hilfe für die «würdigen Armen.»»

Wer die Geschichte der Sozialen Arbeit ein wenig kennt, sieht sich an vordemokratische Formen der Armenfürsorge im Zeitalter des Absolutismus im 16./17. Jahrhundert erinnert, als man z. B. zu unterscheiden begann zwischen den «verschämten» und den «unverschämten» Armen. Die Massnahmen der staatlichen Politik, so heisst es in der Luzerner Erklärung weiter, «verschärfen den psycho-sozialen Druck auf gesellschaftlich Randständige und verschlechtern ihre materielle Lebensgrundlage. Die vermeintlichen Lösungen mittels härterer Sanktionen und Kontrollmechanismen vergrössern in Wirklichkeit die Notlage der Betroffenen und verschärfen die soziale Ungleichheit. Dies ist vor dem Hintergrund des gleichzeitig produzierten Wachstums des materiellen gesellschaftlichen Reichtums ein Skandal, der in das öffentliche Bewusstsein gerückt werden muss.»

Worin besteht die Essenz des neoliberalen «Drehbuchs», aus dem die Orientierungen entnommen sind für die Ökonomie und Politik der letzten beiden Jahrzehnte, mit Auswirkungen bis hinein in die Soziale Arbeit? In einem als Reform und Modernisierung drapierten Roll-back: Die ökonomischen, sozialstaatlichen, aber auch ökologischen Regulierungen wurden zunehmend rückgängig gemacht und aufgesprengt zugunsten eines marktradikalen Kapitalismus. Die Neoliberalen in Wirtschaft und Politik traten an – und verkündigten das als neue Quasi-Dogmen –, praktisch alle gesellschaftlichen Bereiche, also auch solche, die bislang davon zum grossen Teil ausgenommen waren, den Prinzipien des Marktes zu unterwerfen. Spezielle Massnahmen und Instrumente dafür waren und sind insbesondere: die Liberalisierung der Märkte weltweit, insbesondere auch der Finanzmärkte, die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse, die Privatisierung bislang öffentlicher Bereiche der Daseinsvorsorge und ein tiefgreifender Umbau bzw. Abbau des Sozialstaats – zur steuerlichen Entlastung der Kapitalbesitzer und Vermögenden und zu Lasten der auf soziale Sicherungsnetze existenziell Angewiesenen.

Etwa seit Anfang der 1990er Jahre war zu beobachten, wie auch in Einrichtungen der Sozialen Arbeit ein neues Denken, Reden und Handeln Einfluss gewonnen hat. Der Code, der nun in den sozialen und pflegerischen Berufen dominant wurde, stammt aus der Betriebswirtschaft und aus der Management-Lehre. Die neuen Leitbegriffe und Imperative hiessen nun Budgetierung, Outputorientierung, Controlling, Kundenorientierung, Qualitätsmanagement etc. Was sich seitdem abzeichnet, ist

ein Systemwandel im Sozialsektor, der, anderen gesellschaftlichen Bereichen folgend, als Markt organisiert werden soll, bei dem es darum geht, mit anderen Anbietern von sozialen Dienstleistungen um Kosten und Qualität zu konkurrieren.

Der Paradigmenwechsel wurde zunächst in Gestalt der Einführung von Modellen der «Neuen Steuerung» («new public management») propagiert und durchgesetzt und weitete sich dann aus auf alle Träger und Einrichtungen der Sozialen Arbeit. Diese mächtigen neuen Tendenzen, von manchen beschrieben als *BWL-isierung* oder allgemeiner als *Ökonomisierung*, haben bei den überraschten oder überrumpelten Angehörigen der Profession Reaktionen ausgelöst, die von abwehrend bis hilflos oder fatalistisch, von kritisch bis zustimmend reichten. Im Zuge der dauerhaften Festigung dieser Tendenzen und ihrer Universalisierung hat sich bei nicht wenigen die Einstellung durchgesetzt, dass es sich hier um Entwicklungen handele, zu denen es (zumal in einer insgesamt marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft und Ökonomie) keine vernünftige Alternative gebe, Widerstand also sinnlos sei und es ausserdem auch gute fachliche Gründe gebe für diese neue Orientierung.

Für den relativen Erfolg und die erstaunlich weitreichende Akzeptanz dieser Politik waren nicht nur bestimmte *Schwachpunkte* der bisherigen Sozialpolitik (wie z. B. die Ungleichstellung der Geschlechter durch Orientierung der sozialen Sicherungssysteme an der männlichen Normalbiographie) von Bedeutung. Vielmehr wurde bei den propagierten neuen Konzepten geschickt angeknüpft an positiv konnotierte Orientierungen und an *Stärken* gerade auch der Sozialen Arbeit: So knüpft das neue Leitbild des «aktivierenden Sozialstaats» mit seinem «Fördern und Fordern» an solche aus der Sozialen Arbeit bekannten Konzepte an wie «Hilfe zur Selbsthilfe» oder «Empowerment», statt Abhängigkeit von sozialen Institutionen.

Es konnte sich so der Eindruck verfestigen, dass die propagierten und durchgesetzten Massnahmen nicht nur «alternativlos» seien, sondern zugleich teilweise genuinen sozialarbeiterischen Prinzipien folgen würden. Durch eine neue «Besetzung» und Umdeutung der aus ihrem früheren Bedeutungskontext herausgelösten Begriffe und Konzepte (etwa Sozialabbau als «Reform» darzustellen, Kürzungen von Sicherungsleistungen als Stärkung der «Selbstständigkeit» oder als Empowerment) wurde deren Ansehen benutzt, um damit im Rahmen der neoliberalen Politik ganz andere, der ursprünglichen Intention dieser Begriffe und Konzepte zum Teil entgegengesetzte Ziele zu befördern.

In der Luzerner Erklärung heisst es: «Viele in der Sozialen Arbeit nehmen diese Verschärfung der sozialen Spaltung einfach als unveränderliches Faktum hin. Es ist bedenklich, dass die Soziale Arbeit durch die Umsetzung sozialpolitischer Vorgaben, wie sie mit den Stichworten «Aktivierung» oder «Fördern und Fordern» charakterisiert werden können, selbst aktiv an der Aufspaltung von würdigen und unwürdigen Hilfeempfängern teilnimmt.»

Es versteht sich von selbst, dass nicht die gebotenen Anstrengungen zur Verbesserung und Sicherung der Qualität sozialer Arbeit zu monieren sind, noch kann es um die prinzipielle Ablehnung ökonomischer Gesichtspunkte gehen. Kriterium ist vielmehr, ob die Bedürfnisse und Bedarfe der Menschen im Zentrum der Handlungsorientierung stehen oder aber das zum Selbstzweck gewordene Ziel, Gewinn zu machen. Aus fachlicher Perspektive müsste der (bedürfnis- und bedarfsgerechte) *Gebrauchswert* der Dienstleistung ausschlaggebend sein und dürfte nicht vom Markt- oder *Tauschwert*, also von kommerziellen Gesichtspunkten dominiert werden.

Fazit

Die gegenwärtige Krise zeigt, dass es nicht nur notwendig ist, nach Alternativen zum bestehenden ökonomischen System und zur bisherigen ökonomischen Politik zu suchen. Es gilt auch für den sozialen Sektor und für die Soziale Arbeit, die bestehende Situation nicht als alternativlos und quasi naturgegeben hinzunehmen, sondern Alternativen der Gestaltung zu entwickeln, will man nicht von der Annahme ausgehen, dass die markt- und warenförmige Organisationsform der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und der Lösung sozialer Probleme die beste aller denkbar möglichen sei. In dem Masse, wie es immer offensichtlicher wird, dass der Kapitalismus, ganz zu schweigen von seinen aktuellen, neoliberal inspirierten Konzepten, keine überzeugenden Antworten mehr hat für die Lösung der heutigen Menschheitsprobleme, von den sozialen Fragen wie Armut und Massenarbeitslosigkeit weltweit bis zu ökologischen wie der drohenden Klimakatastrophe, wird die Suche nach Alternativen zunehmend überlebenswichtiger.

Auch wenn die Soziale Arbeit für sich allein natürlich nicht die ökonomischen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen verändern kann, so kann sie doch ein Mosaiksteinchen sein für Veränderungen. Sie kann z. B., wie die erwähnte «Luzerner Erklärung» es tut, die Folgen der neoliberalen «Transformation des Sozialen» deutlich machen und zeigen, dass eine solche Transformation den inneren Zusammenhalt der Gesellschaft und

ihre demokratische Substanz auszuhöhlen vermag; denn die Aushöhlung demokratischer Teilhaberechte kann auch dazu führen, dass bei den sozial Abgehängten und den durch soziale Abstiegsprozesse Bedrohten die sich ausbreitende Resignation in Aggression umschlägt oder in fremdenfeindlicher und rassistischer Gewalt eskaliert. Die Soziale Arbeit kann ihre mit sozialpolitischer Kompetenz verknüpfte Professionalität etwa in Gestalt fachlicher Stellungnahmen in die politischen Debatten einbringen, wie das auch andere Professionen tun, ob es sich um die Fragen der Armut, speziell der Kinderarmut, der Kleinkinderziehung (Krippenstreit), der Situation und Pflege älterer Menschen, der Drogenpolitik bis hin zum Umgang mit MigrantInnen handelt. Gegen die Selbstfesselung eines resignativen «Realismus», der sich im Denkgefängnis des jeweiligen Mainstreams, heute in dem des Neoliberalismus, einsperren lässt, gilt es Mut zu machen für eine das Denken befreiende Perspektive und Motivation, die lauten könnte: Eine andere Welt ist möglich.

Anmerkung

- 1 Dieser Text ist ein Extrakt eines umfangreicheren Vortrags, den der Verfasser im Mai 2008 an der Zürcher Hochschule für Soziale Arbeit gehalten hat.